

Informationsdienst
der kommunalpolitischen Sprecherin von
Bündnis 90/Die Grünen
im Deutschen Bundestag

Britta Haßelmann



Dezember 2010

Gemeindefinanzen, Gewerbesteuer, Unterkunftskosten und SGB II-Reform, mehr Konnexität im Kita-Ausbau und vieles mehr

Liebe Freundinnen und Freunde,

der für November angekündigte Abschlussbericht der Regierungskommission zur Reform der Gemeindefinanzen ist auf Februar 2011 vertagt worden. Schwarz-Gelb hat sich mit dem aussichtslosen Projekt, die Gewerbesteuer abzuschaffen, verrannt. Die Bundesregierung verspielt Zeit für tragfähige Lösungen für eine Stabilisierung der Gemeindefinanzen.

Dieser Newsletter setzt meinen Bericht zu den Debatten in und um die Gemeindefinanzkommission fort. Weitere Themen sind das gescheiterte Vermittlungsverfahren um höhere Bundesanteile an den Kosten der Unterkunft, Neues zur SGB II-Reform, Konnexität im Kita-Ausbau, Städtebauförderung u.v.m.

Ich wünsche Euch/Ihnen ein besinnliches Weihnachtsfest, viel Energie und Erfolg im neuen Jahr und möchte mich herzlich für die gute und konstruktive Zusammenarbeit in diesem Jahr bedanken.

Mit herzlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Britta Haßelmann', written in a cursive style.

Britta Haßelmann

1. Gemeindefinanzkommission: Weiter keine Einigung in Sicht

In den beiden letzten Ausgaben des KommunalKonkret berichtete ich über die Differenzen in der Gemeindefinanzkommission, insbesondere die Versuche der Bundesregierung, die Gewerbesteuer abzuschaffen. Nach wie vor ist unklar, was am Ende vorgeschlagen und welcher mögliche Kompromiss gefunden wird.

Nachdem die Abschaffung der Gewerbesteuer am Widerstand der kommunalen Spitzenverbände und der Länder zu scheitern drohte, versuchte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble mit den kommunalen Spitzenverbänden – unter Ausschluss der beteiligten Länder – mit einer sog. Paketlösung zu retten, was noch zu retten war. [In einer gemeinsamen Erklärung mit den kommunalen Spitzenverbänden](#) schlug er vor, kommunale Hebesätze auf die Einkommensteuer einzuführen. Den Kommunen wollte er diese Idee durch das gleichzeitige Versprechen einer noch nicht konkretisierten Entlastung bei den Sozialkosten im Bereich der Grundversicherung im Alter schmackhaft machen. Bei der Gewerbesteuer sollte alles beim Alten bleiben.

Statt ihres festen Anteils von 15 Prozent am Einkommensteueraufkommen müssten die Kommunen selbst über dessen Höhe entscheiden. [Die Folgen wären ein verschärfter Steuerwettbewerb der Kommunen](#). Die ohnehin schon vorhandene Kluft zwischen armen und reichen Kommunen würde noch weiter auseinander gehen.

Schäubles Vorstoß erschien bevor die Kommission das von den Kommunalverbänden und von uns Grünen favorisierte "Kommunalmodell" einer modernisierten Gewerbesteuer abschließend geprüft hat. Er war jedoch nicht abgestimmt und wurde wenige Tage später vom Koalitionsausschuss von Union und FDP wieder einkassiert. Insbesondere die FDP lehnte den Vorschlag ab. Der Grund für die kategorische Ablehnung der FDP mag darin liegen, dass der Schäuble-Vorschlag keine Abschaffung der Gewerbesteuer vorsieht.

Inzwischen konzentrieren sich Union und FDP darauf, die Besteuerung der sog. Hinzurechnungen aus der Gewerbesteuer zu nehmen und damit deren Bemessungsgrundlage empfindlich zu schwächen. Die Hinzurechnungen, als Besteuerung von Fremdfinanzierungen (Zinsen, Mieten, Pachten, Leasingraten), tragen aber wesentlich zur [Stabilität der Gewerbesteuer bei und schützen auch vor Steuerflucht und Steuergestaltung](#).

Der Wegfall der Besteuerung von Fremdfinanzierungen würde nicht nur eine weitere Entlastung der Unternehmen zur Folge haben. Mit dem Wegfall der Hinzurechnungen würde die Gewerbesteuer und damit auch die Körperschaftsteuer noch konjunktureanfälliger werden. Der Wegfall der gewinnunabhängigen Elemente wäre der Einstieg in den Ausstieg aus der Gewerbesteuer, um die so geschwächte Gewerbesteuer später noch einfacher abschaffen zu können.

2. Gewerbesteuer stabilisieren und weiterentwickeln

Um die Gemeindefinanzen zu stabilisieren, ist es nur folgerichtig, die Hinzurechnungen in der Gewerbesteuer zu stärken. Die Städte und Gemeinden brauchen eine Steuer, die eng an die örtliche Wirtschaftskraft anknüpft, über eine breite und stetige Bemessungsgrundlage verfügt und ihre Finanzautonomie stärkt. Dies kommt gerade auch den Städten zugute, die eine umfassende wirtschaftsstrukturbezogene, soziale und kulturelle Infrastruktur vorhalten müssen.

Die Kommunale Wirtschaftssteuer - wie wir Grüne sie vorschlagen - schafft mehr Gerechtigkeit, beendet Abgrenzungsschwierigkeiten einzelner Branchen oder Berufe und verhindert Steuergestaltung. Ausweichreaktionen von Steuerpflichtigen – etwa durch eine zielgerichtete Umwandlung zu versteuernder Unternehmensgewinne in Zahlungen von Zinsen, Mieten, Leasingraten und Lizenzentgelten und die Verlagerung von Gewinnen ins Ausland - werden begrenzt.

Mehr dazu in meinem Positionspapier [„Die Gewerbesteuer zu einer Kommunalen Wirtschaftssteuer weiterentwickeln“](#)

3. SGB II Novelle im Vermittlungsausschuss

Der Bundesrat hat der Neuregelung des SGB II zunächst nicht zugestimmt und am 17. Dezember 2010 den Vermittlungsausschuss aufgerufen. Das Gesetz wird derzeit vor allem wegen der geplanten Neuberechnung der Regelsätze und der Definition von Bildungsbedarfen (Stichwort: Chip-Karte) diskutiert. Die dringend notwendige Regelsatzerhöhung und mehr Teilhabe, insbesondere für Kinder werden wohl nicht wie vom Bundesverfassungsgericht gefordert zum 1. Januar 2011 erfolgen. Viel zu spät legte Schwarz-Gelb einen Gesetzentwurf vor, der für Rot-Grün nicht zustimmungsfähig war. Deshalb wurde jetzt das Vermittlungsverfahren von Bundesrat und Bundestag eingeleitet.

Aus kommunaler Perspektive ist es wichtig, dass es bei der jetzigen Regelung bleibt, dass die Kommunen auf Wunsch die Verantwortung für die Umsetzung des Bildungspaketes übernehmen können. Denn angesichts der Praxis des Bundes die steigenden Sozialkosten auf die Kommunen abzuwälzen, würde sich ein kommunales Bildungspaket wohl schnell als eine weitere Kostenfalle für die Kommunen entpuppen.

Der Gesetzentwurf enthält auch Regelungen, die erhebliche Auswirkungen auf die Kommunen haben. Wieder einmal werden durch die faktische Streichung einer Bund/Länder-finanzierten Leistung - hier das sog. Kinderwohngeld - Kosten in die Unterkunftskosten der Kommunen verlagert. Auch die Neuregelung der Hinzuverdienste belastet die Kommunen finanziell.

Erhebliche Auswirkungen hat auch die Einführung eines Satzungsrechtes für Kommunen. Die Kreise und kreisfreien Städte sollen künftig selbst über die Angemessenheit oder gar Pauschalierung der Unterkunftskosten für ALG II/Sozialgeld-Beziehende entscheiden können. Angesichts des Finanzdruckes in den Kommunen kann dies auch für die Leistungsberechtigten deutlichere Leistungseinschränkungen zur Folge haben.

Mehr dazu in meiner [Bewertung des Gesetzentwurfes zum SGB II aus Sicht der Kommunalfinanzen](#) und [meiner Rede im Bundestag](#).

Während Länder und Kommunale Spitzenverbände in der Gemeindefinanzkommission über eine Entlastung der Kommunen bei den Sozialausgaben verhandeln, zeigt sich Schwarz-Gelb in der Frage einer höheren Bundesbeteiligung an den Unterkunftskosten für ALG II-Beziehende unnachgiebig. Dabei gibt es einen direkten Zusammenhang zwischen der Höhe der Kassenkredite und der örtlichen Arbeitslosenquote.

4. Vermittlungsausschuss verhandelt erneut über Bundesanteil an den Unterkunftskosten

Nachdem Schwarz-Gelb im Bundestag den [Einspruch der Länder gegen das Gesetz zur Festlegung des Bundesanteils für 2010](#) erst vor wenigen Wochen zurückgewiesen hat und damit die Kürzung für 2010 besiegelt hat, geht der Streit um die Aufteilung der Unterkunftskosten für ALG II-Beziehende in die nächste Runde. Auch für 2011 setzte sich Schwarz-Gelb über die Einwände der Bundesländer bei der Bestimmung des Bundesanteils hinweg. Mit den Stimmen der Koalition legte der Bundestag den durchschnittlichen Beteiligungssatz des Bundes für 2011 auf 25,1 Prozent fest. Das entspricht einem Bundesanteil von rund 3,6 Milliarden Euro, rund 300 Mio. Euro mehr als in 2010.

Die Erhöhung ist ausschließlich darauf zurückzuführen, dass die Zahl der Bedarfsgemeinschaften im letzten Jahr gestiegen ist. Die Koalition hielt weiter an der bislang gültigen Anpassungsformel fest. Zu Recht haben die Länder deshalb am 17.12.2010 erneut den Vermittlungsausschuss aufgerufen.

Mehr zum Hintergrund und den grünen Forderungen unter <http://britta-hasselmann.de/kommunales/kommunales/nachricht/keine-erhoehung-des-bundesanteiles-an-den-unterkunftskosten.html> .

5. Städtebauförderung: Soziale Stadt Programm nur noch investiv

In meinem letzten Newsletter hatte ich über Wirkungen der Kürzungen der Bundesmittel im sozialen Bereich auf die kommunalen Haushalte berichtet. Die Städtebaufördermittel sind zwar nicht halbiert, wie ursprünglich von Bundesbauminister Ramsauer angekündigt, jedoch von 610 Millionen Euro auf 455 Millionen Euro empfindlich gekürzt worden. Gerade vor dem Hintergrund der finanziellen Situation vieler Kommunen ist die Städtebauförderung ein wichtiges Instrument der Stadtentwicklung.

Allein für NRW bedeutet die Kürzung, dass Städte und Gemeinden 60 Millionen Euro verlieren. Dazu addieren sich private Anschlussinvestitionen in Höhe von ca. 480 Millionen Euro. Besonders betroffen ist auch das Programm 'Soziale Stadt', das sich durch die Moderation von Beteiligungsprozessen und die Initiierung von lokalem Engagement ausgezeichnet hat. Das Programm Soziale Stadt soll in Zukunft auf die investiven Aufgaben konzentriert werden. Die Streichung der Gelder wird gerade in städtischen Brennpunkten und Stadtumbau-Gebieten deutlich zu spüren sein.

6. Trotz Konjunkturerholung keine Entwarnung bei den Gemeindefinanzen

Am 4. November legte der [Arbeitskreis Steuerschätzungen seine Herbstprognose](#) vor. Auch wenn die Kommunen von den verbesserten Steuereinnahmen profitieren, ist noch lange keine Entlastung bei den Gemeindefinanzen angesagt. Voraussichtlich erst ab 2012 werden die Steuereinnahmen bei den Kommunen wieder das Niveau von 2008 erreicht haben. Bis dahin haben die Städte und Gemeinden Verluste bei den Steuereinnahmen von rd. 21 Mrd. aufge-

häuft, die nicht durch Einsparungen auf der Ausgabenseite zu kompensieren sind. Im Gegenteil: Die Sozialausgaben steigen weiterhin an - auf bis zu 42 Mrd. Euro in 2010.

Durch die bessere Konjunktur wird sich das kommunale Defizit von 15 Mrd. Euro, das für 2010 prognostiziert wurde, voraussichtlich auf bis zu 12 Mrd. Euro absenken. Das Defizit ist jedoch nach wie vor dramatisch und historisch einmalig negativ in seinem Ausmaß.

Da ab 2011 die Investitionshilfen aus dem Konjunkturpaket auslaufen, die den Kommunen in den Jahren 2009 und 2010 zusätzlich 10 Mrd. Euro vom Bund in die Kassen spülten, werden die Kommunen ihr Defizit auch in den Folgejahren kaum schmälern können. Wenn nicht unverzüglich ihre Einnahmen gestärkt werden und eine Entlastung bei den sozialen Ausgaben erfolgt, werden sie in den Jahren 2009 bis 2013 ein Defizit von 40 - 50 Mrd. Euro anhäufen.

Mehr dazu in meinem Papier zu den [Auswirkungen der Steuerschätzung auf die Gemeindefinanzen](#).

7. Grüner Parteitag beschließt kommunalpolitischen Leitantrag

Auf der Bundesdelegiertenversammlung in Freiburg vom 19.-21. November 2010 diskutierten wir erstmals einen kommunalpolitischen Leitantrag. Dabei standen die finanziellen Gestaltungsspielräume der Städte und Gemeinden im Zentrum der Debatte.

Mehr dazu im Parteitagsbeschluss „[Demokratie braucht starke Kommunen!](#)“

8. Nachgefragt: Auswirkungen der Laufzeitverlängerung vor Ort

Gemeinsam mit meinen Kolleginnen Kerstin Andreae und Ingrid Nestle habe ich eine Abfrage unter Stadtwerken gestartet, die die massiven lokalen ökonomischen und ökologischen Auswirkungen einer möglichen Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke bestätigt. So befürchten viele der lokalen Stromversorger starke bis sehr starke wirtschaftliche Auswirkungen einer Laufzeitverlängerung auf ihr Stadtwerk.

Zahlreiche lokale Energieversorger erwarten zudem steigende Preise. Nach der Einschätzung der Stromexpertinnen und Experten vor Ort wird sich damit die Laufzeitverlängerung in künftigen Stromrechnungen der Verbraucherinnen und Verbraucher niederschlagen. Während die schwarz-gelbe Bundesregierung den vier großen Kraftwerksbetreiber Brücken in immer höhere Gewinnzonen baut.

Die Abfrage bestätigt auch die Vorreiterrolle der Kommunen im Klimaschutz. In 50 Prozent der Kommunen, die an der Abfrage teil genommen haben, ist ein lokales Klimaschutzkonzept vorhanden. Ein wichtiger kommunaler Beitrag zum Klimaschutz, der nun von der schwarz-gelben Bundesregierung massiv behindert wird. Denn rund 40 Prozent der teilnehmenden Stadtwerke rechnen mit starken bis sehr starken Rückwirkungen auf ihre lokalen Konzepte für den Klimaschutz. Ein Szenario, das sich nach den Ergebnissen der Abfrage auch für die Investitionen in Erneuerbare Energien abzeichnet.

Mehr dazu lesen Sie in dem [gemeinsamen Papier von Kerstin Andreae, Britta Habelmann und Ingrid Nestle](#).

9. NRW-Urteil zur Finanzierung des Kita-Ausbaus

Als positive Nachricht ist das Urteil des Verfassungsgerichtshofes in NRW vom Oktober zu sehen. Die NRW-Städte und Landkreise müssen für zusätzliche Kosten bei der Kinderbetreuung einen Ausgleich vom Land erhalten, so das Gericht. Der Verfassungsgerichtshof in Münster weist damit den Weg in die richtige Richtung. Wer bestellt, muss auch bezahlen. Bund, Länder und Kommunen müssen alle ihren Beitrag zur Finanzierung des Kindertagesausbaus leisten.

Das Urteil:

www.justiz.nrw.de/nrwe/ovgs/vgh_nrw/j2010/VerfGH_12_09urteil20101012.html

Britta Haßelmann MdB
Sprecherin für Kommunalpolitik der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 (0)30 227-74505
Telefax: +49 (0)30 227-76643
Mail: britta.hasselmann@bundestag.de
www.britta-hasselmann.de